




Baden-Württemberg
REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG
DIE REGIERUNGSPRÄSIDENTIN

Freiburg i. Br., 04.07.2013

BUND-Regionalverband
Südlicher Oberrhein
Herrn Geschäftsführer
Axel Mayer
Wilhelmstraße 24a
79098 Freiburg

Landesnaturausschutzverband
Baden-Württemberg
Herrn Vorsitzenden
Reiner Ehret
Scheffelstraße 41
79199 Kirchzarten

NABU Bezirksverband Südbaden
Herrn Geschäftsführer
Dr. Felix Bergmann
Nelly-Sachs-Straße 1
79111 Freiburg

 Anfrage zur Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes im Regierungsbezirk Südbaden.

Sehr geehrte Herren,

für Ihr Schreiben vom 24. April 2013, in dem Sie in Anknüpfung an Ihr Schreiben vom 21.05.2012 und meine Antwort vom 09.07.2012 darum bitten, über die Fortschritte beim Katastrophenschutz informiert zu werden, danke ich Ihnen.

Die Initiative der Region Freiburg zu Überlegungen zur Erweiterungen der Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung in der Umgebung des Kernkraftwerks Fessenheim hat zwischenzeitlich zu weiteren Gesprächen auf der Fachebene geführt.

Zum Jahreswechsel 2012/2013 wurde ein Musterkonzept für Gemeinden erstellt, das absprachegemäß zunächst dem Innenministerium Baden-Württemberg vorgelegt wurde. Nach der Freigabe durch das Innenministerium wird das Musterkonzept von allen betroffenen Gemeinden mit konkreten Zahlen für die jeweilige Gemeinde zu hinterlegen sein, die dann die Grundlage für die weiteren Planungen der Kreise und meines Hauses sein werden. Vor der Sommerpause beabsichtigen wir dem Innenministerium zusätzlich einen Bericht zur Abstimmung und Harmonisierung mit Überlegungen der schweizerischen Nachbarn vorzulegen. In der Schweiz gibt es ebenfalls Ansätze, die Planungen zur Evakuierung zu überarbeiten.

Ich hatte Ihnen weiterhin darüber berichtet, dass sich bundesweit zahlreiche Sachverständige und auch eine Arbeitsgruppe der Strahlenschutzkommission zusammengefunden haben, um Potenziale für Veränderungen der bisherigen Vorgaben zu prüfen. Deren Umsetzung wird in einer von der Innenministerkonferenz angesetzten Arbeitsgruppe beraten. Leider haben sich die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppen nach meiner Wahrnehmung um etwa ein Jahr verzögert, so dass sie nach derzeitigem Stand frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2013 zu erwarten sind. Nach meinen Informationen ist zudem noch eine Abstimmung mit unseren Nachbarländern beabsichtigt, was ich grundsätzlich sehr begrüßen würde. Angesichts der Komplexität der Fragestellungen und Abstimmungen bitte ich um Ihr Verständnis für die Verzögerungen.

Ich möchte betonen, dass mein Haus in Abstimmung mit den zuständigen Ministerien Änderungen so schnell wie möglich umsetzen wird. Es ist dabei allerdings auf die Ergebnisse der oben genannten Arbeitsgruppen angewiesen, so dass ich nicht vor Jahresende mit einem Abschluss der Arbeiten rechne. Abschließend möchte ich bekräftigen, dass mein Haus im Anschluss an die landesweite Abstimmung über die Veränderungen gemeinsam mit den betroffenen Kreisen Breisgau-Hochschwarzwald, Emmendingen und dem Stadtkreis Freiburg die Region Freiburg informieren wird.

Mit freundlichen Grüßen


Bärbel Schäfer